

Drei Viertel wollen neues Hundegesetz

Zustimmung Ab nächstem Mai wird die Haltung von potenziell gefährlichen Hunden erschwert

VON MARCO WÖLFELI

Die Stimmbevölkerung des Kantons Aargau will ein neues Hundegesetz. Das zeigt das überdeutliche Abstimmungsergebnis. 75,5 Prozent legten gestern ein Ja in die Urne. Das entspricht 115 230 Ja-Stimmen, dagegen stimmten gerade einmal 37 355. Alle Bezirke sagten deutlich Ja zum Hundegesetz. Von den 220 Gemeinden im Kanton lehnten nur gerade die Kleinstgemeinden Linn und Böbikon das Gesetz ab. Und selbst dort war es knapp: In Böbikon sorgten drei Stimmen für den Unterschied, in Linn nur eine. In Gallenkirch hielten sich Ja und Nein-Stimmen exakt die Waage.

Breites Komitee als Erfolgsgrund

Ein Resultat, das Lilian Studer besonders freut. Die EVP-Grossrätin präsidierte das Komitee «Ja zum Hundegesetz». «In meiner politischen Karriere habe ich selten ein so deutliches Resultat erlebt. Es zeigt, dass die Bevöl-

«Die Bevölkerung will eine klare Handhabung gegenüber Hunden.»

Lilian Studer, Präsidentin Komitee Ja zum Hundegesetz

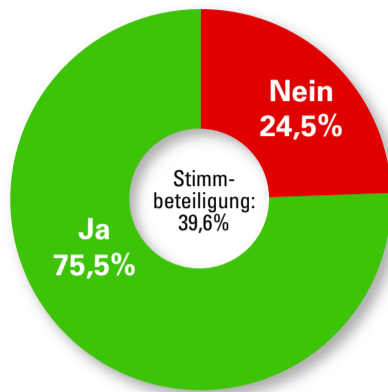
kerung eine klare Handhabung gegenüber Hunden will», stellt sie zufrieden fest. Ein Grund sei die breite Abstützung gewesen. Im Komitee seien Vertreter aller Parteien vertreten gewesen. Ganz überraschend war das deutliche Resultat für Studer aber nicht, sagt sie: «Der Kanton Zürich nahm sein Hundegesetz ebenfalls mit

einer grossen Mehrheit an. Da das Aargauer Hundegesetz noch weniger streng ist, rechnete ich mit einem guten Ergebnis.» Der meistdiskutierte Punkt des neuen Gesetzes war die Rasseliste, die festlegen wird, welche Hunderassen nur noch mit einer kantonalen Bewilligung gehalten werden dürfen. Obwohl die Abstimmung im Schatten des Ständeratswahlkampfs stand, spürte Komitee-Präsidentin Studer die Emotionen des Themas: «Es gab einige negative Mails und Reaktionen. Doch ich kann allen Hundehaltern versichern, dass das Gesetz im Interesse der Anständigen ist.»

Zu Beginn der Debatte setzte sich Lilian Studer für ein Verbot von Kampfhunden ein. Ist diese Idee mit dem neuen Hundegesetz nun vom Tisch? Studer gibt sich vage: «Momentan ist das Gesetz genügend. Ich beobachte die Situation jedoch. Bei vermehrten Schwierigkeiten müsste man die Situation neu beurteilen.»

Kritik an Abstimmungskampagne

Eine, die sich vehement gegen das Hundegesetz ins Zeug legte, ist Rahel Dür vom Komitee «Faires Hundegesetz». Über das deutliche Resultat zeigt sie sich enttäuscht: «Das ist eine Klatsche für alle Hundebesitzer im Aargau.» Den hohen Ja-Anteil führt sie hauptsächlich auf die Diskussion um gefährliche Hunderassen zurück: «Die ganze Kampagne wurde an diesen gefährlichen Hunden aufgezogen.» Dabei sei diese Rasseliste, die in Zukunft gilt, völlig willkürlich. Selbst Kleinsthunde würden dort aufgeführt, bemängelt sie. Für Rahel Dür steht aber nicht die Rasseliste im Zentrum. Mit dem Hundegesetz wer-



de der Rechtsstaat ausgehebelt, lautet ihre Fundamentalkritik: «Die Umkehr der Unschuldsvermutung und die Vernachlässigung des Daten-

«Das Resultat ist eine Klatsche für alle Hundebesitzer im Aargau.»

Rahel Dür, Komitee «Faires Hundegesetz»

schutzes wurden im Abstimmungskampf überhaupt nicht beachtet.»

Unmut unter den Hundehaltern

Im Vorfeld der Abstimmung hat sich unter den Hundehaltern ein Graben aufgetan. Der Kantonalverband Aargauer Kynologen (KVAK) setzte sich für ein Ja ein. Auf der anderen Seite sprachen sich viele Hundehalter und einige Vereine von Hunderassen gegen die Vorlage aus. Rahel Dür glaubt, dass sich das Ja des KVAK noch negativ auf das Verhältnis zwischen Verband und Hundehalter aus-

wirken könnte: «Betroffene Gegner müssen in Zukunft bei den Befürwortern die Kurse absolvieren. Das könnte schon Missstimmung geben.»

Bald weniger Kampfhunde

Regierungsrätin Susanne Hochuli hielt sich im Abstimmungskampf zurück. Jetzt, da das klare Ergebnis feststeht, verhehlt sie ihre Freude nicht: «Das ist ein tolles Ergebnis, weil der Ausgang der Abstimmung schwer abzuschätzen war. Die Gegner hat man stärker wahrgenommen.» Mit der ersten Revision des Hundegesetzes seit 1871 werde mit den Hundehaltern das richtige Ende der Leine in die Pflicht genommen, stellt Hochuli klar. Sie prophezeit sogar, dass die Zahl der Kampfhunde im Aargau in Zukunft abnehmen wird: «Mit dem neuen Gesetz werden die Bedingungen erschwert. Es wird eine Hürde eingebaut, dass man sich die Anschaffung eines solchen Hundes gut überlegen muss.»

Hundegesetz tritt im Mai in Kraft

Wenn das neue Hundegesetz im Mai 2012 in Kraft tritt, gilt auch die Rasseliste des Kantons. Auf dieser Liste werden Hunderassen wie Pitbullterriers, American Staffordshire Terriers und Bullterriers aufgeführt. Wer einen Hund dieser Rassen erwerben will, muss in Zukunft über eine Halteberechtigung des Kantons verfügen. Diese erhält nur, wer die persönlichen und finanziellen Voraussetzungen erfüllt. Zudem muss man 18 Jahre alt sein, über einen guten Leumund verfügen und eine vertiefte Ausbildung absolvieren.

Kommentar rechts

Kommentar

von Urs Moser



Schutzbedürfnis ist ausgewiesen

■ Das Stimmvolk verfügt über einen gesunden Reflex gegen bürokratische Regelungen, die nicht nötig sind. Daher war nicht zwingend zu erwarten, dass das neue Hundegesetz die Volksabstimmung mit über 75 Prozent Ja-Stimmen passiert. Denn es ist zuzugeben: Einfacher werden Kontrolle und Vollzug mit den neuen Bestimmungen nicht unbedingt.

Überwogen hat bei der Abwägung offensichtlich das Schutzbedürfnis eines grossen Teils der Bevölkerung, der nun mal in bestimmten Hunden eine potenzielle Bedrohung sieht. Der Streit darüber, ob das nun beschlossene Gesetz dabei dem Umstand genügend gerecht wird, dass die grössere Gefahr wohl weniger von den Hunden selbst als von deren Haltern ausgeht, ist spätestens mit dem klaren Volksentscheid müssig geworden.

Immerhin operiert rund die Hälfte der Kantone mit Rasselisten. Es ist nicht anzunehmen, dass die Autoren der entsprechenden Gesetze allesamt Ignoranten sind, wie die Gegner glauben machen wollten. Sie sollten sich nun als ebenso gute Demokraten wie Hundexperten erweisen und den Entscheid akzeptieren.

urs.moser@azmedien.ch

Treibjagd-Initiative als Schuss in den Ofen

Volksinitiative Ein Verbot für die Treibjagd wird jetzt noch stärker abgelehnt: Den 103 198 Nein oder 67,4 Prozent stehen nur 49 990 Ja gegenüber. Die Jäger freuen sich sehr, die Initianten sind bitter enttäuscht.

VON HANS LÜTHI

Was sich abzeichnet hat, ist für die Volksinitiative «Jagen ohne tierquälerisches Treiben» prompt eingetroffen: eine deutliche Abfuhr für Peter Suter und seinen «Verein zum Schutz der bedrohten Wildtiere». Alle Bezirke lehnen die Vorlage klar ab, mit Anteilen von 64,66 bis zu 73,56 Prozent. Im Vergleich zur identischen Initiative von 2006 hat die Unterstützung abgenommen, die Zahl der Neinstimmen stieg um über 10 000. Das war in 10 der 11 Bezirke der Fall, nur im Bezirk Kulm ging der Nein-Anteil von 66,81 minimal auf 66,68 Prozent zurück. In den anderen Bezirken wuchs die Absage an ein Verbot um zwei bis sechs Prozent, im Kantonsmittel um 3,48 auf 67,37 Prozent.

Aargauer Regierung freut sich

Vor sechs Jahren war noch Finanzminister Roland Brogli zuständig, jetzt gehört die Jagd ins Departement Bau, Verkehr und Umwelt (BVU) von Regierungsrat Peter C. Beyeler: «Ich freue mich, dass die grosse Mehrheit so entschieden hat, denn die Treibjagd ist wirklich keine Hetzjagd», sagt er auch im Namen der Regierung. Das Resultat zeige auch, dass die Bevölkerung das waidmännische Handwerk verstehe und richtig ein-

schätze. Dies im Sinne der Regierung, welche die Volksinitiative zur Ablehnung empfahl, und des Grossen Rates. Beyeler hofft jetzt darauf, der Volksentscheid werde auch von den Initianten akzeptiert. Denn ein neuerlicher Kampf gegen die Treibjagd wäre «schon fast ein Missbrauch eines demokratischen Rechts».

Genugtuung bei den Jägern

Es ist nicht die Art der besonnenen Jäger, sich überschwänglich zu freuen. Aber wie am 27. November 2006 treffen sie sich auch diesmal im Aargauer Gasthaus Schützen. Mit einer Ablehnung haben sie gerechnet, auf eine Zweidrittel-Mehrheit gehofft. Jetzt ist die Genugtuung gross, dass die Nein-Anteile in fast allen Bezirken zugenommen haben, teils deutlich und in drei Bezirken auf über 70 Prozent: Laufenburg mit 70,51%, Muri mit 73,49%, Zurzach mit 73,56%. «Zuerst bedanke ich mich bei allen Stimmenden für den grossen Vertrauensbeweis», sagt Erhard Huwyler, Präsident des Aargauischen Jagdschutzvereins (AJV). Die tägliche Arbeit der Jägerschaft als Heger und Pfleger in der Natur werde offensichtlich anerkannt und geschätzt. «Der Bevölkerung versichern wir, die Treibjagden künftig so schonungsvoll als möglich und zurückhaltend auszuüben.» Die Jäger seien interessiert daran, dass der Wald eine Oase der Ruhe und der kontrollierten Erholung bleibe.

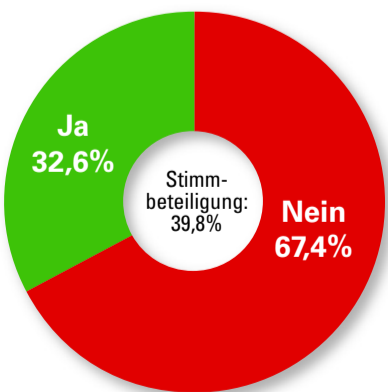
Weiterer Kampf der Initianten

«Das ist ein wirklich schwarzer Tag für Ulrich Giezendanner und für mich», sagt Präsident Peter Suter vom Verein zum Schutz der bedrohten Wildtiere, der die Initiative ein-



Präsident Erhard Huwyler (links) vom Aargauischen Jagdschutzverein und die Jäger freuen sich.

CHRIS ISELI



Prozent Ja-Anteil gehofft. Die massive Ablehnung wertet er als schlechten Tag für den Tierschutz und meint mit viel missionarischem Eifer: «Wir müssen weiterkämpfen, die Mitglieder werden im nächsten Frühjahr das Vorgehen entscheiden.»

Vorerst keine neue Initiative

Immerhin ist nach dem Debakel an der Urne diese Erkenntnis gereift: «Vorläufig machen wir sicher keine neue Initiative, sondern werden andere Wege suchen müssen», betont Suter. Dabei denkt er an rechtliche Möglichkeiten und zitiert aus den Grundsätzen des Natur- und Heimatschutzes den Passus über die Würde des Tieres. «Die Treibjagd kann doch nicht hundert Jahre so weitergehen», ereifert sich Suter. Die Jäger aber blicken getrost in die Zukunft, sie haben die Abstimmung als Forum ge-

nutzt und geniessen breite Unterstützung durch fast alle Parteien, Bauern, Förster, Waldbesitzer, den Aargauischen Tierschutzverein und Pro Natura. Für die Initiative setzten sich nur SD, Juso und der Tierschutz Schweiz ein.

Massives Nein im Bezirk Muri

Jäger-Präsident Huwyler darf sich über das wichtige Nein im Bezirk Muri speziell freuen, seine Wohngemeinde Beinwil im Freiamt sagte mit 77,9% Nein, Auw mit 77,8%, Sins mit 77,6% und Kallern sogar mit 82,24 Prozent. Zu den höchsten Nein-Anteilen in anderen Bezirken gehören Gansingen mit 79,8%, Büttikon 79,5%, Gallenkirch 78,9%, Würenlingen knapp 76%. Im Bezirk Zurzach lieferten Leibstadt mit 80,3%, Tegerfelden 79,2% und Leuggern mit 78,3 Prozent die stärksten Ablehnungen.